

KLEINE ANFRAGEN

Sprachbarrieren abbauen

VADUZ – Die Anfrage von Marlies Amann-Marxer (VU) betraf die Kommunikation mit fremdsprachigen Eltern in Schule und Kindergarten. Sie konstatierte, dass in Liechtenstein die Kommunikation zwischen Lehrpersonen und den Erziehungsberechtigten fremdsprachiger Kinder oft nur über Dolmetscher stattfinden kann. Die VU-Abgeordnete merkte zudem an, dass sich bei mangelnder Sprachkenntnisse dieser Eltern weitere Probleme hinsichtlich Integration, elterliche Zusammenarbeit und Unterstützung im schulischen Bereich ergeben. Marlies Amann-Marxer wollte in diesem Zusammenhang wissen, was unternommen werde, um diese Schwierigkeiten zu lösen.

Bildungsminister Hugo Quaderer bemerkte zu Beginn: «Die Schulbehörden haben keinerlei rechtliche Handhabe, fremdsprachige Eltern aufzufordern, sich die nötigen Deutschkenntnisse anzueignen, um mit Lehrpersonen und Schulbehörden kommunizieren zu können.» Es gehe generell sowieso nicht primär darum, fremdsprachige Eltern ins liechtensteinische Schulwesen zu integrieren: «Vielmehr muss der Fokus darauf gerichtet werden, Fremdsprachige grundsätzlich dazu zu ermuntern und unter Umständen sogar zu verpflichten, die deutsche Sprache zu erlernen.» Als Beispiel für bereits bestehende Institutionen, welche Deutschkurse für Fremdsprachige anbieten, verwies Hugo Quaderer auf den «Verein für interkulturelle Bildung» in Schaan sowie auf die schulischen Massnahmen «Deutsch als Zweitsprache». (mh)

Fuchstollwut in FL keine Gefahr

VADUZ – Peter Lampert (FBP, Bild) fragte, ob nach dem Bekanntwerden von Fuchstollwutfällen in Süddeutschland und daraufhin getroffene Sicherheitsvorkehrungen gegen eine allfällige Ausbreitung auch Vorsorgemassnahmen in Liechtenstein geplant sind. Waldwirtschaftsminister Hugo Quaderer zeigte auf, dass momentan kein Grund zur Beunruhigung im Land besteht, da die Situation in Liechtensteins Nachbarländern stabil sei: «Damit blieben die nächsten terrestrischen Tollwutfälle mindestens 300 Kilometer von unseren Landesgrenzen entfernt.» Insbesondere das Rheintal sei tollwutfrei und erfordere keine besonderen Massnahmen. (mh)

Bestmögliche Lösung beim Abbruch des Alphotels Gaflei

VADUZ – Jürgen Beck (VU) kritisierte im Zusammenhang mit dem Abbruch des Alphotels auf Gaflei, dass sämtliches Abbruchmaterial nach Vaduz oder in eine Recyclinganlage transportiert werden müsse, während die Baugrube mit Aushubmaterial aus dem Tal aufgefüllt werde. Er fragte die Regierung, ob bei der Verfügung der jeweiligen Entsorgungsvorschriften auf die abgelegene Lage des Alphotels Rücksicht genommen worden sei.

Regierungsrat Hugo Quaderer stellte zuerst einmal klar, dass diese Informationen so nicht richtig sind. Durch eine mobile Recyclinganlage vor Ort werde die mineralische Bauabfallfraktion vor Ort aufgearbeitet, so dass es nach Möglichkeit im Berggebiet eingesetzt werden könne. Nichtmineralische Abfälle hingegen fänden dort keine Verwendung und müssten demzufolge ins Tal transportiert werden; durch Ablagerung derselben in der Nähe des Standorts entstünde nämlich ein «belasteter Standort», welcher «später eventuell Überwachungs- und Sanierungsbedürftig und dann hohe Folgekosten verursachen» würde. Der Umweltminister erklärte weiter, dass zur Auffüllung der Baugrube nach Möglichkeit Material aus dem Berggebiet verwendet werde, wodurch unnötige LKW-Fahrten vermieden werden. Auch die Notwendigkeit von Aushubmaterial mache keine zusätzlichen Fahrten erforderlich, so Hugo Quaderer: «Die Heranschaffung von allfälligem zusätzlichem Aushubmaterial erfolgt mittels Gegenfahren (Abtransport Abfall- und Recyclingmaterial).» (mh)

«Für beide Seiten von Vorteil»

Vertrag über 25-prozentige Beteiligung der Schweizerischen Post unterzeichnet

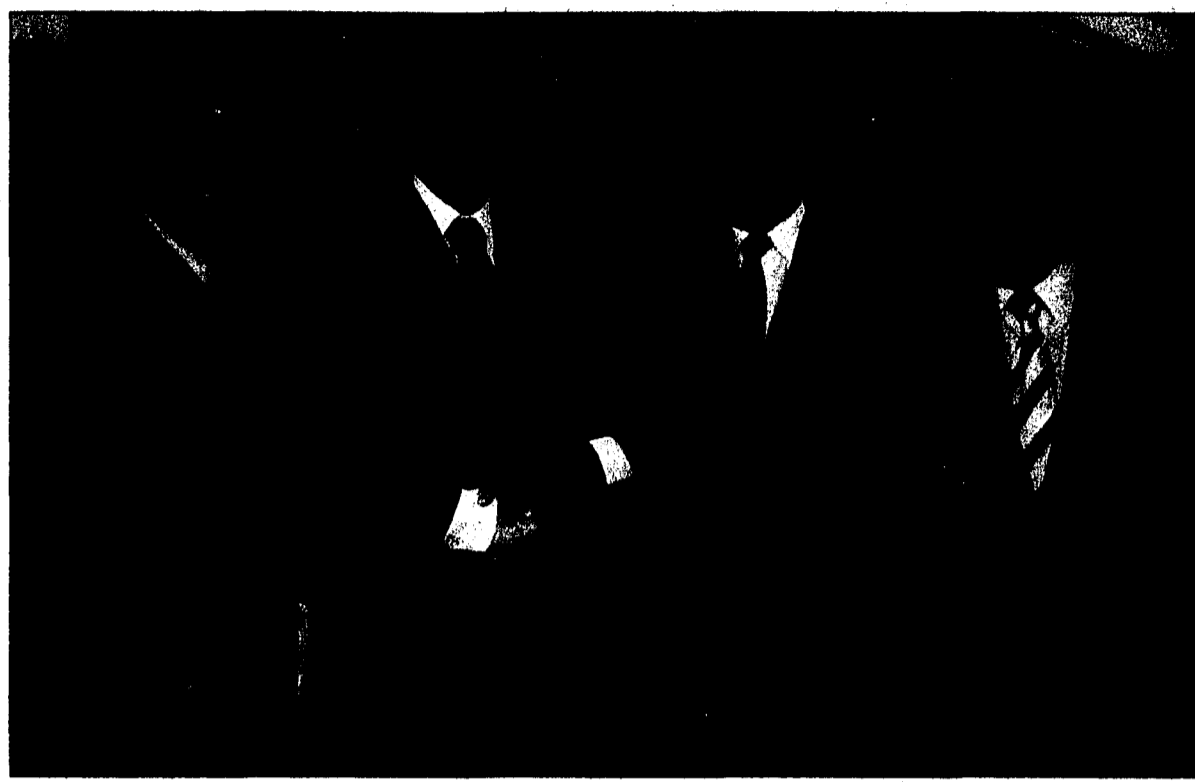
VADUZ – Ulrich Gygi, Konzernchef der Schweizerischen Post AG persönlich, unterzeichnete gestern zusammen mit Verkehrs- und Kommunikationsminister Martin Meyer in Vaduz den Vertrag über die 25-prozentige Beteiligung der Schweizerischen Post an der Liechtensteinischen Post AG.

• Martin Fremmett

4,6 Mio. Franken lässt sich die Schweizerische Post AG die Beteiligung an der weiterhin zu 75 Prozent in Landesbesitz befindlichen Liechtensteinischen Post AG kosten. Damit löste die Schweizerische Post eine Option ein, die ihr im Rahmen der vor sechs Jahren erfolgten Verselbstständigung der liechtensteinischen Post in Anerkennung der langjährigen postalischen Zusammenarbeit eingeräumt worden war.

Bewährtes fastigen

Von liechtensteinischer Seite wurde Martin Meyer als Verkehrs- und Kommunikationsminister von der Gesamtregierung bevollmächtigt, den Aktienkaufvertrag zu unterzeichnen. Wie Meyer unmittelbar danach vor den Medien sagte, könne dadurch «die in vielerlei Hinsicht bewährte und enge Zusammenarbeit mit der Schweiz im Bereich des Postwesens langfristig gefestigt werden». Meyer wies darauf hin, dass die Liechtensteinische Post AG im Vergleich zu ihrem Partner ein eher kleines und dennoch interessantes und insbesondere erfolgreiches Unternehmen sei. Im Jahr 2004 beispielsweise wurden insgesamt 35 Millionen Stück



Engere Kooperation besiegelt (v.l.): Post Schweiz-Konzernchef Ulrich Gygi, Verkehrsminister Martin Meyer, Post AG-VR-Präsident Donat P. Marxer und Hans-Peter Strodel, Finanzchef der Schweizerischen Post.

Briefpost sowie 1,1 Mio. Stück Paketpost verarbeitet, was gemessen an der Einwohnerzahl überdurchschnittliche Zahlen sind.

Land behält klare Mehrheit

Nach Einlösung dieser Option stehen gemäss Auskunft von Martin Meyer keine weitergehenden Aktienverkäufe zur Diskussion. Das Land Liechtenstein wird mit 75 Prozent der Aktien weiterhin klar über die Mehrheit verfügen.

Ulrich Gygi sagte, die Liechtensteinische Post AG sei ein erfolgreiches Unternehmen mit attraktiven Kunden. «Wir beteiligen uns an einem erfolgreichen Unternehmen, das Gewinn macht», brachte

es der Chef der Schweizerischen Post auf den Punkt. Diese Beteiligung sei für beide Seiten von Vorteil, zeigte sich Gygi überzeugt.

Stolz auf Mitarbeiterschaft

Auch Donat P. Marxer, Verwaltungsratspräsident der Liechtensteinischen Post AG, freute sich. Dass das Unternehmen so positiv bewertet werde, sei ein Zeichen für die Mitarbeiter, dass sie erfolgreich gearbeitet hätten, so gesehen dürfe man dies als «Leistungsausweis» betrachten, sagte Marxer.

Und das Briefmarken-Geschäft?

Die geplante Auslagerung des staatlichen Briefmarkenwesens un-

ter dem Dach der Liechtensteinischen Post AG hatte nach Aussage von Regierungsrat Meyer keinen Einfluss auf die Verhandlungen über den Aktien-Verkauf.

Briefmarken als bedeutendes Liechtensteiner Kulturgut

Gegenüber dem Volksblatt sagte Ulrich Gygi, die Schweizerische Post habe «grössten Respekt» vor dem liechtensteinischen Briefmarkenwesen, von daher sei auch nicht angedacht, dieses liechtensteinische Kulturgut von Bern aus zu betreten. Die Schweizerische Post sei allerdings offen, wenn es um Hilfestellungen wie beispielsweise beim Marketing gehe, so Gygi.

Letzetunnel: Parteistellung zugesichert

Positives Arbeitsgespräch von Martin Meyer mit Vizekanzler Hubert Gorbach

VADUZ – Der österreichische Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach hat gestern bei seinem Arbeitsbesuch bei Verkehrsminister Martin Meyer zugesichert, dass Liechtenstein in Sachen Letzetunnel-UVP «selbstverständlich» Parteistellung erhalten werde.

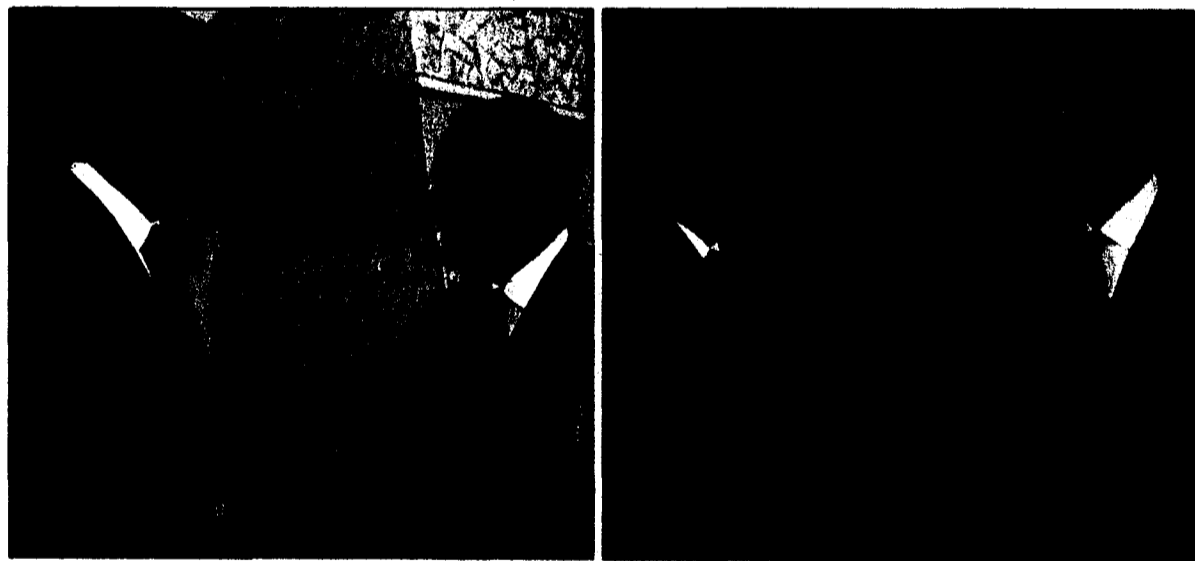
• Martin Fremmett

Im Zentrum des Arbeitsgespräches der beiden Verkehrsminister standen verschiedene verkehrspolitische Fragen. Unter anderem wurden aktuelle Erkenntnisse zur Festsetzung der Promillegrenze sowie zu Geschwindigkeitsreduktionen ausgetauscht.

Wie Meyer auf Volksblatt-Anfrage sagte, wurde das Thema Verkehrssicherheit intensiv besprochen: «Liechtenstein konnte einige interessante Anregungen aus den bisherigen Erfahrungen Österreichs in diesem Bereich entgegennehmen. Verkehrssicherheit wird ein wesentlicher Eckpfeiler der zukünftigen liechtensteinischen Verkehrspolitik sein.»

Regionale S-Bahn?

Vizekanzler Gorbach und Regierungsrat Meyer waren sich einig, dass der Attraktivitätssteigerung des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs höchste Bedeutung beigemessen werden muss. Von beiden Ministern wurde das Einsetzen einer trilateralen Arbeitsgruppe, welche sich mit der Weiterent-



Trotz Letzetunnel gutes Einvernehmen: Links Verkehrsminister Martin Meyer und sein österreichischer Amtsinhaber Vizekanzler Hubert Gorbach, der auch von Erbprinz Alois zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen wurde.

wicklung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs befasst, sehr begrüsst. Die Arbeitsgruppe hat sich bereits zu mehreren Sitzungen getroffen und arbeitet derzeit an der Ausarbeitung eines Pflichtenhefts für eine Machbarkeitsstudie für eine Regionale S-Bahn.

Projekt Letzetunnel

Die Positionen in Sachen Letzetunnel Feldkirch sind unverändert. Das Projekt liegt bekanntermassen nicht mehr in der Hoheit des Bundes, sondern in der Hoheit des Landes Vorarlberg. Nach Aussage von Martin Meyer hat Gorbach ausgeführt, dass derzeit immer noch das Feststellungsverfahren läuft, ob und welche Art von UVP-Verfahren allfällig zur Anwendung kommen

wird. Der Vizekanzler hat auf Nachfragen von Meyer erneut bestätigt, dass Liechtenstein in einem solchen Verfahren selbstverständlich Parteistellung erhalten wird. Dazu Meyer: «Aus Sicht des Landes ist diese Zusage sehr positiv zu werten, da das Land dadurch die Möglichkeit erhält, indirekt in das Verfahren mit einbezogen zu werden und die rechtlichen Schritte, welche zur Verfügung stehen, ausnützen zu können.» Gorbach hofft derweil eigenen Aussage zufolge immer noch, dass Ende 2006 mit dem Bau begonnen werden kann, allerdings räumte er ein, dass es Verzögerungen gebe.

Telekommunikation

Im Bereich Telekommunikation wurden primär die Frequenzkoor-

dination betreffend die Liechtensteinische Rundfunkanstalt (LRF) sowie die Thematik der elektronischen Signaturen behandelt. Den Abschluss des Arbeitsgespräches bildeten Österreichs Erfahrungen mit der Telekommunikationsgesetzgebung sowie verschiedene Entwicklungen der Kommunikation.

Im Anschluss an das Arbeitsgespräch fand ein Mittagessen statt, an welchem neben Vizekanzler Gorbach und Regierungsrat Meyer auch die frühere Verkehrs- und nunmehrige Aussenministerin Rita Kleber-Beck teilnahm. Zum Abschluss wurde Vizekanzler Gorbach von S. D. Erbprinz Alois zu einem Höflichkeitsbesuch auf Schloss Vaduz empfangen.